

Auf einen Blick

Das Parlament hat an der 49. Sitzung der Amtsdauer 2017 bis 2020 acht Sachgeschäfte, zwei Motionen, zwei Postulate und acht Interpellationen behandelt.

Bau. Mit 48 Ja- zu 11 Nein-Stimmen erteilt das Parlament einen 14-Millionen-Kredit für Strassenanierungen von 2021 bis 2024. Fakultatives Referendum.

Suchthilfe. Einstimmig hat das Parlament Ja gesagt zu einem Verpflichtungskredit über 2,32 Millionen Franken für die Sanierung des Wohnhauses Singenbergstrasse 3 beim Stadtpark. Das Haus dient nach seiner Sanierung der Wohngemeinschaft Arche der Stiftung Suchthilfe. Fakultatives Referendum.

Mitsprache. Nach kontroverser Diskussion hat das Parlament mit 40 Ja bei 17 Nein und zwei Enthaltungen ein neues Partizipationsreglement verabschiedet. Fakultatives Referendum.

Spital. Ohne Diskussion und einstimmig wurde eine Änderung am Überbauungsplan für das Kantonsspital und das Kinderspital gutgeheissen.

Covid-19. Einstimmig Ja gesagt hat der Rat zu einer Reduktion der Gewerbesteuern infolge der Covid-19-Massnahmen. Es geht um 365 418 Franken, die im Voranschlag für das Jahr 2020 bei den Einnahmen fehlen werden.

Integration. Der jährliche Beitrag von 80 000 Franken an die Arbeitsgemeinschaft Integration Ostschweiz wird weiterhin bezahlt. Das Parlament stimmte dem mit 52 zu fünf Stimmen zu.

Fernwärme. Für neue Leitungen im Gebiet Neudorf von der Rorschacher Strasse bis zur Fernwärmezentrale Lukasmühle gewährte das Parlament einstimmig mehrere Kredite in der Summe von 1,32 Millionen Franken. Fakultatives Referendum.

Primarschule. Für den Neubau einer Tagesbetreuung bei der Primarschule Hebel-Bach sprach das Parlament mit 49 Ja zu acht Nein bei zwei Enthaltungen einen Verpflichtungskredit von 7,26 Millionen Franken. Fakultatives Referendum.

St. Fiden. Für eine Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Bahnhofs St. Fiden sprach das Parlament mit 30 Ja zu 28 Nein bei einer Enthaltung einen Kredit von 368 500 Franken.

Öffnungszeiten. Das Stadtparlament hat die Motion über Mitsprache bei den Ladenöffnungszeiten nach einem Stichtentscheid durch Präsident Beat Rüsche für nicht erheblich erklärt. 29 stimmten Ja, 29 stimmten Nein, bei zwei Enthaltungen.

Stadtkarte. Das Postulat zu einer City Card für Sans-Papiers wurde mit 35 Ja- bei 20 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen für erheblich erklärt.

Menstruation. Das Parlament hat das Postulat über Gratis-Menstruationsartikel mit 32 zu 24 Stimmen für nicht erheblich erklärt. (dwi/ghi/mha)



Die Gesamtüberdeckung in St. Fiden hat im Parlament eine wichtige Hürde genommen.

Bild: Ralph Ribli (3. September 2020)

Bürgerliche setzen sich durch

Mit 30 zu 28 Stimmen sagt das Stadtparlament Ja zur St.-Fiden-Machbarkeitsstudie.

Luca Ghiselli

Eine hauchdünne Mehrheit im St. Galler Stadtparlament will, dass die Stadt zusammen mit Privaten die Machbarkeit einer Gesamtüberdeckung des Bahnhofs St. Fiden vertieft prüfen lässt. Mit 30 Ja zu 28 Nein bei einer Enthaltung hat das Parlament dem Stadtrat am Dienstagabend grünes Licht für eine Machbarkeitsstudie gegeben, die bis Ende 2021 vorliegen soll.

Bereits im Vorfeld war klar, dass das Ergebnis knapp ausfallen würde. SP/Juso/PFG und Grüne/Junge Grüne lehnten die Vorlage, die einen Verpflichtungskredit von 368 500 Franken vorsieht, geschlossen ab. Die bürgerlichen Fraktionen stimmten (mit Ausnahme von SVP-Parlamentarier Jürg Brunner, der sich enthielt) geschlossen dafür. Zünglein an der Waage waren wie so oft in dieser Legis-

latur die Grünliberalen. Und in der fünfköpfigen Fraktion fand die Vorlage schliesslich mehr Befürworter als Gegner.

Ein Leuchtturm mit langem Schatten?

Die Debatte verlief lebhaft. Doris Königer (SP) sagte, es brauche in St. Fiden keinen goldenen Leuchtturm, der die umliegenden Quartiere im Dunkeln lasse. Christian Huber (Grüne) meinte, eine Überdeckung verbinde die Quartiere St. Fiden und Heiligkreuz nicht automatisch. Dass SBB, Migros und Kanton sich nicht an der Finanzierung der Studie beteiligen wollten, sei zudem ein Indiz dafür, dass die Risiken zu hoch und die Finanzierung zu unsicher sei.

Auf bürgerlicher Seite setzte hingegen ein buchstäblicher Lobgesang ein. Karl Schimke (FDP) hielt ein flammendes Plädoyer für die Vision, «einen mu-

tigen Ort für St. Gallens Aufbruch» zu erschaffen. Die Alternative sei, dass man zum Endbahnhof der Schweiz verkomme. Als Schimke am Schluss seines Fraktionsvotums eine selbstgeschriebene Ode auf den Deckel und darüber, wie St. Gallen besser als Zürich sei, zum Besten gab, hielt sich die Begeisterung allenthalben aber in Grenzen. Im Gegenteile: Schimke trug sich gar Tadel von Andreas Hobi (Grüne) ein. «Das ging zu weit.»

Bürgerliche glauben an neues Stadtquartier

Auch die Fraktionssprecher der anderen bürgerlichen Parteien hielten mit Euphorie nicht zurück. Louis Stähelin (CVP) sagte, seine Fraktion glaube an die Vision und die Schaffung eines neuen Stadtquartiers auf der Überdeckung. «Man kann auch Nein sagen zu dieser Vision.

Man soll sich dann aber nicht wundern, wenn helle Köpfe die Stadt verlassen.» Man solle deshalb die Chance nutzen und die Sinnhaftigkeit einer solchen Überdeckung prüfen lassen. In eine ähnliche Kerbe schlug Donat Kuratli (SVP): «Die vertiefte Machbarkeitsstudie ist zwingend nötig, wenn man nicht durch Verzögerungen den Anschluss verpassen will.»

Baudirektorin Maria Pappa äusserte Verständnis für sämtliche Voten. Sie könne sowohl Euphorie als auch Skepsis nachvollziehen. Aber: Man sage bei dieser Vorlage nicht Ja zur Überdeckung, sondern zu deren vertieften Prüfung. «Das Engagement der privaten Investoren ermutigt uns, den nächsten Schritt zu tun.» In Anlehnung an Karl Schimkes Ständchen sagte sie: «Wir wollen nicht besser sein als Zürich. Wir sind eine eigenständige Stadt.»

Kommentar

Zeichen stehen auf Aufbruch

Hauchdünn hat das Stadtparlament nach kontroverser Diskussion Ja gesagt zu einem 368 500-Franken-Kredit für eine vertiefte Machbarkeitsstudie. Sie soll zeigen, ob die Gleisanlagen beim Bahnhof St. Fiden und Teile der Stadtautobahn überdeckt werden können. Es ging um verhältnismässig wenig Geld am Dienstagabend – und gleichwohl um ungemein viel.

Von Aufbruchstimmung wird im aktuellen Wahlkampf zwar oft geredet, im politischen Alltag ist davon aber nur selten etwas spürbar. Es ist in St. Gallen in dieser Form auch das erste Mal, dass die öffentliche Hand und Unternehmen in einem solch frühen Stadium einer Arealentwicklung zusammenarbeiten und eine Gesellschaft gründen. In anderen Schweizer Städten funktioniert das längst und gut.

Jetzt stehen die Zeichen in St. Fiden auf Aufbruch. Das Stadtparlament hat dem Widerstand der Ratslinken getrotzt. Hätte es Nein gesagt zur Machbarkeitsstudie – das Signal an Unternehmen, die Geld in die Hand nehmen und zusammen mit der Stadt investieren wollen, wäre fatal gewesen. Die Firmen hätten sich künftig wohl gehütet, in St. Gallen eine Private-Public-Partnership einzugehen.

St. Fiden ist eines der letzten grossen Entwicklungsgebiete in der Stadt. Zu prüfen, wie es sinnvoll entwickelt werden kann, ist nur eines: richtig.



Daniel Wirth
daniel.wirth@tagblatt.ch

Ja zum Bevölkerungsvorstoss

Der Stadtrat kann ein neues Partizipationsreglement erlassen.

Mitwirkung Einwohner und Einwohnerinnen der Stadt, die älter sind als 13 Jahre, werden neu berechtigt, dem Stadtparlament einen Bevölkerungsvorstoss einzubringen. Das gilt nicht nur für Migrantinnen und Migranten, sondern auch für Einwohner der Stadt, die stimm- und wahlberechtigt sind. Der Vorstoss muss von mindestens 15 Personen eigenhändig unterzeichnet sein und einen Antrag sowie eine Begründung enthalten. Mit einem Bevölkerungsvorstoss kann ein Sachverhalt des städtischen Lebens zur Sprache gebracht und es können Lösungsvorschläge gemacht werden. So wollte es die Kommission Soziales und Sicherheit (KSSI). Sie kam mit

ihrem Antrag, das vom Stadtrat verfasste neue Partizipationsreglement anzupassen, klar durch. Der Stadtrat seinerseits unterlag mit einem Änderungsantrag. Er wollte keinen Bevölkerungsvorstoss, sondern einen Partizipationsvorstoss, den ausschliesslich Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ab 13 ohne Stimm- und Wahlrecht hätten einreichen können.

FDP und SVP waren nicht vorbehaltlos dafür

Oskar Seger, Sprecher der FDP-Fraktion, äusserste sich skeptisch. Die Hürden für die Einreichung eines Vorstosses würden massiv verkleinert und die Gefahr, dass die Anliegen als

Papiertiger liegen blieben anstatt tatsächlich bearbeitet und umgesetzt zu werden, werde grösser. Auch die Sprecherin der SVP, Karin Winter-Dubs, äusserste sich skeptisch. Ein Teil ihrer Fraktion könne sich aber mit dem Antrag der KSSI anfreunden. Die Sprecher der anderen Fraktionen sprachen sich mit mehr oder weniger Begeisterung für das neue Reglement und mehrheitlich für den Vorschlag der Kommission aus.

St. Gallen kennt seit 2006 ein Partizipationsreglement. Migrantinnen und Jugendliche nutzten die Möglichkeit der Partizipation bisher nur selten.

Daniel Wirth

Gewerbe kann aufatmen: Stadt erlässt die Miete

Covid-19-Pandemie Das Stadtparlament hat ein Nachsehen mit Mieterinnen und Mietern von Gewerberäumen in städtischen Liegenschaften, die wegen der Coronapandemie und des Lockdowns in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind.

Es folgte einstimmig dem Antrag des Stadtrats, für Mietzinsentlastungen gut 365 000 Franken einzustellen. Andreas Dudli sagte namens der FDP-Fraktion, die Freisinnigen seien nicht gegen diese Hilfsmassnahme, der Stadtrat hätte aber warten können, bis auf Bundesebene eine entsprechende Regelung beschlossen sei. Davon wollte Stadträtin Maria Pappa, Vorsteherin der Direktion Planung und Bau, nichts wissen. Der Stadtrat

habe schon zu Beginn des Lockdowns unbürokratisch gehandelt und bei Bedarf eine Mietzinsentlastung ermöglicht. Jetzt wolle man wie in anderen Städten auch nicht auf den Band warten.

Die Sprecherinnen und Sprecher der anderen Fraktionen sprachen sich vorbehaltlos für den Mietzinsentlastung aus.

Mieterinnen und Mieter von Gewerberäumen in städtischen Liegenschaften konnten bis Juni einen Antrag stellen um einen Mietzinsentlastung. Insgesamt gingen gemäss städtischer Vorlage 59 Gesuche ein. Mit dem Ja des Stadtparlaments erhalten sie nun eine höhere Reduktion, als auf nationaler Ebene gefordert wird. (dwi)